

DIE GRENZEN DER PRESSEFREIHEIT IN DEN USA

Magdolna SZIGETI*

Univ. Doz. (Katholische Péter Pázmány Universität)

Abstract

The Limits of Press Freedom in the USA

Right to information regarding the public is one of the fundamental principles of the American society. The First Amendment to the Bill of Rights of 1791 protects the freedom of the press. Congress shall make no law restricting the freedom either of speech or of the press. Whereas the United States attempts to create a structural framework for the flow of information in accordance with democratic principles, meanwhile the increasing assertion of freedom of expression is historically becoming widespread, a growing number of problems emerge. It is clear from the decisions of the Supreme Court that freedom of expression in the United States is restricted by certain laws and by the courts. Legislators and judges are humans, hence influenced by the public perception, political climate and sentiment surrounding their decisions. Albeit once a model for the free press, the country now ranks the 57th among 180 countries as of the latest press freedom index compiled by

Abstrakt

Die Grenzen der Pressefreiheit in den USA

Das Recht der Öffentlichkeit auf Information ist eines der Hauptgrundsätze der amerikanischen Gesellschaft. In dem ersten Zusatzartikel des „Bill of Rights“ vom Jahre 1791 wird die Pressefreiheit geschützt. Der Kongress soll kein Gesetz erlassen, das die Meinungs- oder Pressefreiheit einschränkt. Während die Vereinigten Staaten versuchen, einen strukturellen Rahmen für den Nachrichtenfluss im Einklang mit demokratischen Grundsätzen zu schaffen, und während die zunehmende Behauptung der Meinungsfreiheit historisch gesehen immer weiter verbreitet ist, gibt es eine wachsende Zahl von Problemen. Aus den Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs geht klar hervor, dass die freie Meinungsäußerung in den Vereinigten Staaten durch bestimmte Gesetze und durch die Gerichte eingeschränkt wird. Gesetzgeber und Richter sind allesamt menschliche Wesen, die von der öffentlichen Wahrnehmung, der

* ORCID: <https://orcid.org/0000-0001-6066-6910>

the international journalists' organisation (Reporters sans frontières/Reporters Without Borders).

This study attempts to trace the exercise of freedom of expression in the United States by examining changes in the value systems of the legislators and legal practitioners across the eras.

Keywords: Freedom of speech, freedom of the press, laws restricting freedom of speech, laws protecting freedom of information, US Supreme Court rulings, the exercise of the freedom of the press, the limits of the freedom of speech

politischen Stimmung und dem politischen Klima, in dem sie ihre Entscheidungen treffen, beeinflusst werden. Das Land, das einst als Vorbild für eine freie Presse galt, liegt in der jüngsten Rangliste der internationalen Journalistenorganisation Reporters sans frontières (Reporter ohne Grenzen) zur Pressefreiheit auf Platz 57 von 180 Ländern.

Die vorliegende Studie versucht, anhand der Veränderungen im Wertesystem der Gesetzgeber und Rechtspraktiker verschiedener Epochen die Verwirklichung der Meinungsfreiheit in den USA nachzuzeichnen.

Schlagworte: Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, die Meinungsfreiheit einschränkenden Gesetze, Gesetze zum Schutz der Informationsfreiheit, Urteile des Obersten Gerichtshofs in den USA, die Verwirklichung der Pressefreiheit, die Grenzen der Meinungsfreiheit

Das Recht der Öffentlichkeit auf Information ist eines der Hauptgrundsätze der amerikanischen Gesellschaft. Die Autoren der amerikanischen Verfassung verabscheuten die strenge Kontrolle, welche die britischen Herrscher in den amerikanischen Kolonien damals über Ideen und Informationen ausübten. Die Autoren der Verfassung legten fest, dass die Macht des Wissens in den Händen des Volkes liegen sollte. Um einen ungehinderten und umfangreichen Informationsfluss sicherzustellen, nahmen sie die Pressefreiheit in die grundlegenden Menschenrechte auf. Der Oberste Gerichtshof hat jedoch entschieden, dass die Aufforderung zu illegalen Handlungen oder Obszönität nicht geschützt werden kann.¹

Die Verfassung der Vereinigten Staaten ist die älteste noch gültige schriftliche Verfassung der Welt. Die Väter der Verfassung dachten nicht nur an die Gegenwart, sondern auch an die Zukunft der Nation. Sie waren sich bewusst, dass die Regierungsstruktur auf die Zeitgenossen, aber auch auf spätere Generationen ausgerichtet sein musste. Sie sahen deshalb in der Verfassung die Möglichkeit der Ergänzung in Form von Zusatzartikeln vor, wenn dies aus politischen, sozialen oder

¹ The First Amendment of the United States Constitution. https://www.law.cornell.edu/wex/first_amendment.

wirtschaftlichen Gründen notwendig sein sollte. Die Flexibilität der Verfassung erwies sich als eine ihrer größten Stärken. Die ersten zehn Zusatzartikel, die sogenannte „Bill of Rights“, die 1791 in Kraft traten, enthalten die verfassungsmäßigen Grundrechte der Bevölkerung, unter denen die Pressefreiheit in dem ersten Zusatzartikel geschützt wird.

“Congress shall make no law respecting an establishment of religion, or prohibiting the free exercise thereof; or abridging the freedom of speech, or of the press; or the right of the people peaceably to assemble, and to petition the Government for a redress of grievances.”

Die deutsche Übersetzung des 1. Zusatzes zur Verfassung der Vereinigten Staaten lautet wie folgt:

„Der Kongress soll kein Gesetz erlassen, das eine Einrichtung einer Religion zum Gegenstand hat oder deren freie Ausübung beschränkt, oder eines, das Rede- und Pressefreiheit oder das Recht des Volkes, sich friedlich zu versammeln und an die Regierung eine Petition zur Abstellung von Missständen zu richten, einschränkt.“

Kurz formuliert – was mein Thema betrifft –: „Der Kongress soll kein Gesetz erlassen (...), das die Meinungs- oder Pressefreiheit einschränkt...“ Obwohl der Artikel im Wortlaut nur den Kongress einschränkt, hat der Oberste Gerichtshof in mehreren Urteilen entschieden, dass diese Einschränkung aufgrund des 14. Zusatzartikels auch für die Bundesstaaten gilt.

In den Anfangszeiten gab es nur wenige und einfache auf Druckerpressen erzeugte Medien - Zeitungen, Pamphlete und Bücher. Heute schließt die Bezeichnung „Medien“ auch Fernsehen, Rundfunk, Filme und das Internet mit ein. Der Begriff „Presse“ bezieht sich heute somit nicht mehr ausschließlich auf Printmedien, sondern bezeichnet Medienunternehmen jeglicher Art. Noch dazu: Die Vereinigten Staaten bestehen heute nicht mehr aus 13, sondern aus 50 Bundesstaaten.

Zwar gibt es in den USA keine expliziten Gesetze – gerade im Sinne des Ersten Verfassungszusatzes –, die die Ausübung der Rede- und Pressefreiheit im Detail regeln, aber wir sehen, dass es in den USA Gesetze gibt, auf die sich Gerichte berufen haben, um diese Grundrechte einzuschränken. Unter den ersten solchen Gesetzen können wir die „Alien and Sedition Acts“² erwähnen. Unter „Alien and Sedition Acts“ versteht man 4 Gesetze, die zw. 1798 und 1802 in Kraft traten. Das Gesetz wurde aus Angst vor Agenten der Illuminaten erlassen, die sich zum Ziel gesetzt hätten, nicht nur die gemäßigt-konservative Regierung der Föderalistischen Partei unter Präsident John Adams, sondern gleich das gesamte Christentum in den USA abzuschaffen.

Die „Alien and Sedition Acts“ bestanden aus vier einzeln verabschiedeten Gesetzen:

² David KLEPPER: Secret History: Even Before the Revolution, America Was a Nation of Conspiracy Theorists. *Associated Press News* 31, 01. (2024). <https://tinyurl.com/yv2mprtt>

- 1./ Der „Naturalization Act“ verlängerte die Aufenthaltsdauer für Ausländer, bevor sie die Staatsbürgerschaft beantragen konnten, von fünf auf 14 Jahre. Das Gesetz wurde am 18. Juni 1798 verabschiedet und 1802 aufgehoben.
- 2./ Der „Alien Friends Act“ erlaubte dem Präsidenten, die Abschiebung jedes Ausländers zu befehlen, den er als für den Frieden und die Sicherheit der Vereinigten Staaten gefährlich einstufte. Das Gesetz wurde am 25. Juni 1798 mit einer zweijährigen Gültigkeitsfrist verabschiedet.
- 3./ Der „Alien Enemies Act“ erlaubt dem Präsidenten, die Verhaftung und Abschiebung jedes Ausländers zu befehlen, der Bürger eines Landes war, mit dem sich die Vereinigten Staaten im Kriegszustand befanden. Das Gesetz wurde am 6. Juli 1798 verabschiedet und ist bis heute als Teil des „United States Code“ (50 USC 21-24) in Kraft.
- 4./ Der „Sedition Act“ machte die Veröffentlichung „falscher, skandalträchtiger oder boshafter Schriften“ gegen den Staat oder seine Amtsträger strafbar. Das Gesetz wurde am 14. Juli 1798 verabschiedet und lief am 3. März 1801 aus.

Nach der Verabschiedung der höchst unpopulären „Alien and Sedition Acts“ kam es im ganzen Land, insbesondere in Kentucky, zu Protesten, aber die Verfassungsmäßigkeit der „Alien and Sedition Acts“ wurde nie vor dem Obersten Gerichtshof angefochten. Kritiker argumentierten, dass die Gesetze in erster Linie darauf abzielten, Wähler zu unterdrücken, die mit der Föderalistischen Partei und ihren Doktrinen nicht einverstanden waren, und dass sie gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung gemäß dem ersten Zusatzartikel der USA-Verfassung verstießen. Es wurden auch Bedenken geäußert, dass die „Alien and Sedition Acts“ der Bundesexekutive im Vergleich zu den Regierungen der Bundesstaaten und anderen Zweigen der Bundesregierung unverhältnismäßig viel Macht verliehen. Als Reaktion auf den öffentlichen Aufschrei machten die demokratischen Republikaner die Ausländer- und Aufwiegelungsgesetze zu einem wichtigen Thema im Präsidentschaftswahlkampf 1800. Während die Regierungsbehörden eine Liste von Ausländern erstellten, die deportiert werden sollten, flohen viele Ausländer während der Debatte über die Ausländer- und Aufwiegelungsgesetze aus dem Land. Einige tauchten unter, verließen das Land aber nie,³ und Präsident Adams unterzeichnete nie einen Ausweisungsbefehl.

Thomas Jefferson war der führende Kritiker dieser Gesetze.⁴ Obwohl er diese Gesetze als Einschränkung der vom ersten Verfassungszusatz garantierten Meinungsfreiheit ansah, lag der Schwerpunkt seiner Kritik in der Verletzung des 10. Verfassungszusatzes, der besagt: Die Machtbefugnisse, die von der Verfassung weder den Vereinigten Staaten übertragen noch den Einzelstaaten entzogen werden, bleiben den Einzelstaaten oder dem Volke vorbehalten.

³ James M. SMITH: The Enforcement of the Alien Friends Act of 1798. *The Mississippi Valley Historical Review* 41, 1. (1954), 85–104.

⁴ Gordon S. WOOD: *Empire of Liberty: A History of the Early Republic, 1789–1815*. New York, Oxford University Press, 2011.

Jefferson argumentierte, dass die Bundesregierung mit den Gesetzen ihre von der Verfassung gegebenen Kompetenzen überschritt und den Staaten vorenthaltene Befugnisse ausübte. Diese Meinung wurde nur von den Parlamenten in Virginia und Kentucky geteilt; die anderen verabschiedeten Beschlüsse, die die Gesetze als verfassungsgemäß erklärten und den beiden anderen Staaten das Recht absprachen, die Gesetze zu mißachten.⁵

Unter diesen Gesetzen ist das „Alien Registration Act“ zu nennen, besser bekannt unter dem Namen „Smith Act“, ein Bundesgesetz der Vereinigten Staaten, das am 28. Juni 1940 verabschiedet wurde. Es stellte Handlungen unter Strafe, die darauf abzielten, die US-Regierung mit Gewalt zu stürzen oder zu unterstützen, und verpflichtete alle erwachsenen Einwohner, die keine Staatsbürger waren, sich bei der Bundesregierung zu registrieren. Etwa 215 Personen wurden auf der Grundlage dieses Gesetzes angeklagt, darunter viele Kommunisten und Sozialisten. Die Verfolgung nach dem „Smith-Gesetz“ wurde fortgesetzt, bis der Oberste Gerichtshof der USA 1957 eine Reihe von Verurteilungen nach diesem Gesetz als verfassungswidrig aufhob.⁶ Die New York Times beschreibt treffend das politische Klima, die öffentliche Stimmung, in der dieses Gesetz geboren wurde. In dem Bericht heißt es, dass das „Alien Registration Act“ nur eines von vielen Gesetzen war, die der Kongress im ersten Anfall von Angst in aller Eile verabschiedete. Den Amerikanern schien es, als stünde der Krieg in Europa kurz vor der Tür, und möglicherweise gab es bereits eine Reihe von Geheimagenten in Amerika. Da die Verabschiedung des Gesetzes unausweichlich schien, unterstützte auch die Verwaltung seine Verabschiedung.⁷

Die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes wurde im Fall „Dennis gegen United States“ in Frage gestellt.⁸ Der Oberste Gerichtshof bestätigte das Gesetz mit 6 zu 2.⁹ (Ein Richter, Tom C. Clark, nahm an der Abstimmung nicht teil, weil er in seinem vorigen Amt als Generalstaatsanwalt die strafrechtlichen Verfolgungen aufgrund des „Smith Act“ befohlen hatte.) Der Oberste Richter Fred M. Vinson verließ sich auf die von Oliver Wendell Holmes entworfene Argumentierung auf eindeutige und akute Gefahr, als er für die Mehrheit der Richter sprach:

“Obviously, the words cannot mean that before the Government may act, it must wait until the putsch is about to be executed, the plans have been laid and the signal is awaited.”

⁵ Douglas BRADBURN: The Citizenship Revolution: Politics and the Creation of the American Union, 1774–1804. Charlottesville, University of Virginia Press, 2009.

⁶ Jesse DELAUDER: The Seattle Seven: The Smith Act Trials in Seattle (1952–1958). In: *Communism in Washington State – History and Memory Project*. University of Washington, 2008. <https://depts.washington.edu/labhist/cpproject/SmithAct.shtml>.

⁷ Delbert CLARK: Aliens to Begin Registring Tuesday. *The New York Times*, 25 August 1940. 64.

⁸ Dennis v. United States, 341 US 494 (1951).

⁹ Bericht über den Alien Registration Act bei www.spartacus-educational.com.

„Offensichtlich können die Worte nicht bedeuten, dass die Regierung, bevor sie handeln kann, warten muss, bis der Putsch kurz vor seiner Ausführung steht, bis die Pläne gemacht sind und nur noch auf das Signal gewartet wird.“¹⁰

Vinson zitierte einen anderen Obersten Richter, Learned Hand, der auch eine Mehrheitsmeinung abgab:

„In jedem Fall müssen [die Gerichte] fragen, ob die Schwere des ‚Unrechts‘, reduziert auf seine Unwahrscheinlichkeit, den Eingriff in die Meinungsfreiheit in dem Maße rechtfertigt, wie es zur Abwehr der Gefahr erforderlich ist.“¹¹

Die Richter des Obersten Gerichtshofs definierten die Bedeutung der Worte „klare und gegenwärtige Gefahr“ in allgemeiner Form. Aber Reden der Kommunistischen Partei, die gegen das „Smith-Gesetz“ verstießen, wurden vom Obersten Gerichtshof verboten, selbst wenn sie keine unmittelbare Gefahr darstellten.

Das Urteil im Fall „Dennis gegen United States“ wurde vom Gerichtshof nie ausdrücklich aufgehoben, aber spätere Entscheidungen haben den Fall praktisch umgekehrt. 1957 änderte das Gericht seine Deutung des „Smith Act“, als die Richter den Fall „Yates gegen United States“ behandelten. Der Gerichtshof verfügte, dass das Gesetz auf „die Verfechtung von Taten, nicht von Ideen“ (englisch: *the advocacy of action, not ideas*) abzielte. Somit bleibt die Verfechtung von abstrakten Lehren weiterhin durch den ersten Verfassungszusatz geschützt. Nur Reden, die ausdrücklich zum gewaltsamen Umsturz der Regierung anstacheln, sind weiterhin durch das „Smith Act“ strafbar.¹²

Die politische Atmosphäre änderte sich inschwischen. Obwohl Joseph Raymond McCarthy 1957 starb, wurden seine Aktivitäten in der zweiten Hälfte des Jahres 1954 von einem wachsenden Teil der öffentlichen Meinung zunehmend verurteilt, und wurde er vom Senat mit 67 zu 22 Stimmen angeklagt. Die drei Monate lang dauernden Anhörungen endeten mit einer moralischen und politischen Niederlage von McCarthy,¹³ der mit seinem Senatsausschuss zur Untersuchung von angeblicher kommunistischer Subversion in Amerika, unzählige Menschen ohne Beweise beschuldigte und beruflich ruinierte.

Unter dem Obersten Richter, Earl Warren erweiterte der Oberste Gerichtshof in den 1960er-Jahren den Schutz der Meinungsfreiheit, obwohl es auch Ausnahmen gab.

¹⁰ Dennis (8. lj.) 509.

¹¹ Dennis 510. / die Quelle des Zitats von Hand: 183 F.2d 201 (2d Cir. 1950), 212/.

¹² Yates v. United States, 354 US 298, 327 (1957).

¹³ Robert GRIFFITH: *The Politics of Fear: Joseph R. McCarthy and the Senate*. Amherst, University of Massachusetts Press, 2007. 101.

Die Pressefreiheit als „eine der großen Bastionen der Freiheit“¹⁴ genießt einen starken verfassungsrechtlichen Schutz. Wegen des starken verfassungsmäßigen Schutzes der Pressefreiheit gibt es in den USA nur wenige Pressegesetze. Bestehende Gesetze bieten vorwiegend zusätzlichen Schutz für Bereiche, die nicht von der Verfassung abgedeckt werden. So regelt z.B. der „Privacy Act“ von 1974 das Sammeln und Verbreiten persönlicher Daten, die in Unterlagen der Bundesbehörden enthalten sind; der „Privacy Protection Act“ von 1980 schützt Presseredaktionen vor Durchsuchungen durch die Polizei. Es gibt zahlreiche Bundes- und Landesgesetze, die die Informationsfreiheit schützen sollen, so z.B. das sog. „Freedom of Information“- Gesetz.

Das „Freedom of Information Act“ ist das Informationsfreiheitsgesetz der Vereinigten Staaten. Es wurde 1966 von Präsident Lyndon B. Johnson unterzeichnet. Das Gesetz ermöglicht sowohl der Presse, als auch der breiten Öffentlichkeit den Zugang zu sämtlichen Dokumenten der Exekutivorgane des Bundes. Auf schriftlichen Antrag müssen die Unterlagen jedem Bürger zugänglich gemacht werden. Davon ausgenommen sind unter anderem geheime Dossiers, die der nationalen Sicherheit dienen, Handelsgeheimnisse oder Informationen, die einen nicht gerechtfertigten Eingriff in die Privatsphäre einer Person darstellen würden.¹⁵ Das Gesetz sorgte für eine Kette journalistischer Enthüllungen. So wurden beispielsweise Details über die polizeiliche Überwachung des Bürgerrechtlers Martin Luther King enthüllt.¹⁶ Mit Hilfe des Gesetzes konnten amerikanische Journalisten außerdem ermitteln, dass eine hohe Anzahl an US-Soldaten im Vietnamkrieg versehentlich von ihren eigenen Kameraden erschossen wurde. Eine Lokalzeitung fand heraus, dass die US-Armee bei den Atombombentests in Nevada die eigenen Soldaten gezielt hoher Strahlung aussetzte, um die Wirkung zu erforschen.¹⁷

Trotz strengster Geheimhaltung von Seiten der NASA gelang es einer Gruppe von Journalisten, mit Hilfe des „Freedom of Information Act“ das Challenger-Unglück von 1986 aufzuklären. Auf Grund der herausgegebenen Dokumente konnte aufgedeckt werden, dass der Absturz auf gravierende Sicherheitsmängel und Planungsfehler zurückzuführen war.¹⁸

Der gesamte Bereich der Pressefreiheit in den USA wurde hauptsächlich durch Gerichtsurteile geregelt, in denen Nuancen des ersten Verfassungszusatzes ausgelegt wurden.

Bis 1931 fällte der Oberste Gerichtshof keine wichtigen Urteile zum Schutz der Meinungsfreiheit. Der Historiker Richard Labunski führt diesen langen Stillstand auf

¹⁴ Joseph GALES (comp.): *The Debates and Proceedings in the Congress of the United States. Vol. 1.* Washington, Gales and Seaton, 1834. 451.

¹⁵ Anne WELLSBRANSCOMB: *Who Owns Information? From Privacy to Public Access.* New York, BasicBooks, 1994.

¹⁶ Michael E. RUANE: „You Are Done”: A Secret Letter to Martin Luther King Jr. Sheds Light on FBI’s Malice. *The Washington Post*, 03 December 2017. <https://tinyurl.com/3kwnvb5e>.

¹⁷ Carly SAUVAGEAU: Complicated Legacy of Nuclear Testing in Nevada Lives on in Bodies, Politics. *The Nevada Independent*, 17 September 2023. <https://tinyurl.com/evpscju>.

¹⁸ Colby ITKOWITZ: A Challenger Engineer Blamed Himself for 30 Years. *The Washington Post*, 25 February 2016. <https://tinyurl.com/3a9e5ebc>.

drei Faktoren zurück: Erstens brauchte es Zeit, bis sich eine „Kultur der Toleranz“ entwickelte, d. h. bis die richterliche Gewalt und der Wille der Bevölkerung die Bestimmungen der Bill of Rights bewusst unterstützten; zweitens konzentrierte sich der Oberste Gerichtshof im 19. Jahrhundert weitgehend auf Fragen des zwischenstaatlichen Machtgleichgewichts; drittens galt das Verbot der Gesetzgebung zur Rede- und Pressefreiheit zunächst nur für die Konföderation, eine Einschränkung, die durch die Entscheidung in der Rechtssache Barron gegen Baltimore (1833) bestätigt wurde.¹⁹ Im 20. Jahrhundert jedoch wurden die meisten Bestimmungen des Gesetzes durch den vierzehnten Verfassungszusatz auch auf die Bundesstaaten angewandt.

Im Folgenden sind einige wegweisende Fälle aufgeführt, die zeigen, wie Richter in verschiedenen Epochen die Grenzen der Meinungsfreiheit, insbesondere in Bezug auf politische Inhalte, beurteilt haben.

Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA in der Rechtssache „Gitlow gegen New York“²⁰ war wegweisend: Der Gerichtshof entschied, dass der Schutz der Rede- und Pressefreiheit durch den vierzehnten Verfassungszusatz auch für die US-Mitgliedstaaten gilt. Der Grund dafür ist, dass der vierzehnte Verfassungszusatz besagt, dass die Bundesstaaten die Pflicht haben, die Rechte ihrer Bürger, die ihnen durch die Bundesverfassung garantiert werden, zu gewähren und zu schützen. Damit wird der Geltungsbereich des Ersten Verfassungszusatzes von der Bundesebene auf die Ebene der Bundesstaaten ausgedehnt. Diese Entscheidung war eines der Urteile des Obersten Gerichtshofs, die den Umfang des Schutzes der freien Meinungsäußerung durch den Ersten Verfassungszusatz definierten und den Standard festlegten, nach dem ein Staat oder die Bundesregierung eine in Rede oder Schrift geäußerte Meinung für unrechtmäßig erklären kann.

Benjamin Gitlow veröffentlichte 1919 ein Manifest in der damals weit verbreiteten Zeitung „The Revolutionary Age“. Wegen des Inhalts des Manifests, den die Regierung als „subversiv“ einstufte, wurde Gitlow später wegen Aufwiegelung verhaftet. Gitlow war Mitglied der Socialist Party of America. In dieser Zeit herrschte in den Vereinigten Staaten eine weit verbreitete Angst vor linksradikalen Bewegungen, Bolschewismus und Anarchismus. Damals wurden viele Mitglieder der örtlichen kommunistischen oder sozialistischen Partei wegen ähnlicher subversiver Handlungen verhaftet. (Gitlow war ebenfalls Mitglied der Socialist Party of America). Der Bundesgerichtshof hatte zu entscheiden, ob das staatliche Gesetz, auf das der Oberste Gerichtshof des Bundesstaates New York sein Urteil stützte, als Verletzung der Rechte des ersten Verfassungszusatzes angesehen werden konnte, da es die Verhaftung einer Person betraf, die lediglich ihre Meinung äußerte.

Die Mehrheit der Richter stimmte darin überein, dass der veröffentlichte Text subversiv war und dass zwar kein Mitgliedstaat die freie Meinungsäußerung verbieten kann, dass es aber Ausnahmen gibt, etwa wenn die Stabilität des Staates bedroht ist, und dass die Einschränkung der freien Meinungsäußerung in New York angemessen

¹⁹ Richard E. LABUNSKI: *James Madison and the struggle for the Bill of Rights*. Oxford University Press, 2006. 258–259.

²⁰ Gitlow v. New York, 268 US 652 (1925).

war, da Gitlows Manifest eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellte. Daher kann der Erste Verfassungszusatz solche Äußerungen nicht schützen.

Richter Edward Sanford erklärte, dass Äußerungen, die die Regierung beleidigen, strafbar sind und dass der Staat Äußerungen bestrafen kann, die eine Gefahr für den öffentlichen Frieden und die Sicherheit des Staates darstellen.²¹ Der Oberste Gerichtshof interpretierte den Ersten Verfassungszusatz dahingehend, dass er weitreichende Einschränkungen der freien Meinungsäußerung zulässt. Der stellvertretende Richter Holmes war jedoch anderer Meinung und vertrat die Ansicht, dass die Regierungen der Bundesstaaten und des Bundes die freie Meinungsäußerung nur auf der Grundlage der „offenkundigen und unmittelbaren Gefahr“ einschränken sollten, die früher in der Rechtssache Schenck gegen die Vereinigten Staaten dargelegt wurde.²²

Der Oberste Gerichtshof wurde zum ersten Mal 1919 im Fall „Schenck gegen United States“ ersucht, ein die Meinungsfreiheit verletzendes Gesetz für verfassungswidrig zu erklären. In den Fall war Charles Schenck verwickelt, der während des Krieges Flugblätter verteilt hatte, in denen er das damalige Wehrpflichtsystem angefochten hatte. Der Supreme Court bestätigte in dem Prozess einstimmig Schencks Verurteilung aufgrund der Verletzung des „Espionage Acts“. Nach Ansicht von Richter Oliver Wendell Holmes, jr. wurden die Worte in diesem Fall unter Umständen und in einer Art und Weise geäußert, die eine eindeutige und gegenwärtige Gefahr für die Rekrutierung und den Rekrutierungsdienst der Streitkräfte der Vereinigten Staaten während eines Kriegszustands darstellen, was unannehmbar ist und der Kongress das Recht hat, ein solches Verhalten zu verhindern. Der Supreme Court bestätigte in dem Prozess einstimmig Schencks Verurteilung aufgrund der Verletzung des „Espionage Act“.²³

Richter Holmes erweiterte den Einwand der offenkundigen und unmittelbar drohenden Gefahr in einem anderen Rechtsstreit erneut.²⁴ Dabei ging es um eine Rede des politischen Aktivisten Eugene Debs. Debs, der von der Socialist Party of America fünfmal für das Amt des Staatspräsidenten nominiert worden war und 3,41 % der Wählerstimmen erhalten hatte,²⁵ während er 1920 eine Haftstrafe verbüßte, hatte kein einziges Wort gesagt, das eine eindeutige und unmittelbare Gefahr für das Wehrpflichtsystem darstellte, obwohl er in seiner Rede diejenigen lobte, die wegen Behinderung der Wehrpflicht inhaftiert waren. Richter Holmes wies darauf hin, dass die Rede von Debs eine „klare natürliche Tendenz“ zur Verhinderung der Wehrpflicht hatte. Der einzige Unterschied zwischen einer Meinungsäußerung und einer Aufwiegelung im engeren Sinne sei die Begeisterung des Redners für den Zweck,

²¹ Gitlow Loses Fight in Highest Court to Annul Anarchy Law. *The New York Times*, 09 June 1925. <https://tinyurl.com/46njvxs5>.

²² Schenck v. United States, 249 US 47, 51 (1919).

²³ Joe P. KIRBY: The Case of the German Socialist Farmers: Joe Kirby Challenges the Espionage Act of 1917. *South Dakota History* 42, 3. (2012), 239–243.

²⁴ Debs v. United States, 249 US 211 (1919).

²⁵ 1920, Presidential General Election Results.

d. h. im letzteren Fall sei der Redner auch begeistert, ein Ereignis zu verursachen.²⁶ Eloquenz kann die Vernunft trüben und die Gemüter erhitzen, aber Debs' Rede hatte keine Chance, einen Feuersturm auszulösen.²⁷

Die Argumentation in der Rechtssache Schenck wurde durch die Entscheidung in der Rechtssache Brandenburg v. Ohio weitgehend aufgehoben,²⁸ die den Umfang der von der Regierung verbotenen Äußerungen auf unmittelbar bevorstehende rechtswidrige Handlungen beschränkte, wie z.B. Volksverhetzung und aufrührerische Reden.²⁹

Unter dem Obersten Richter Earl Warren erweiterte der Oberste Gerichtshof in den 1960er-Jahren den Schutz der Meinungsfreiheit, obwohl es auch Ausnahmen gab. 1969 entschied der Oberste Gerichtshof mit 7:2 in dem Fall „Tinker gegen Des Moines“, dass die Meinungsfreiheit auch für Schüler gelte. Der Fall involvierte mehrere Schüler, die bestraft worden waren, weil sie schwarze Armbänder getragen hatten, um gegen den Vietnamkrieg zu protestieren. Das Gericht entschied, dass die Schule symbolische Sprache, die keine unangemessenen Unterbrechungen der Schulaktivitäten verursache, nicht verbieten könne. Richter Abe Fortas schrieb: *“state-operated schools may not be enclaves of totalitarianism. School officials do not possess absolute authority over their students. Students [...] are possessed of fundamental rights which the State must respect, just as they themselves must respect their obligations to the State.”*

„Öffentliche Schulen dürfen keine Enklaven des Totalitarismus sein. Schulbeamte besitzen über ihre Schüler keine absolute Autorität. Die Schüler [...] besitzen Grundrechte, die der Staat respektieren muss, genauso wie auch die Schüler ihre Verpflichtungen gegenüber dem Staat respektieren müssen.“³⁰

Neben der direkten Gesetzgebung verfügt die Regierung auch über andere Mittel zur Beeinflussung der Presse, beispielsweise über die Besteuerung. Die Gerichtsentscheidung im Rechtsfall „Leathers gegen Medlock“ ist zu einem Leitprinzip in dieser Frage geworden. In diesem Fall ging es um die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes über Bruttoeinnahmen in Arkansas, insbesondere um die Ausweitung der Umsatzsteuer auf Kabelfernsehdienste, während andere Medien wie Zeitungen und Zeitschriften davon ausgenommen waren. Die Kabelfernsehindustrie klagte gegen das Gesetz mit dem Argument, es verletze ihre Rechte aus dem Ersten Verfassungszusatz und verstoße gegen die Gleichheitsklausel des Vierzehnten Verfassungszusatzes.

²⁶ Gitlow (20.1j.) 673.

²⁷ Marc LENDLER: The Time to Kill a Snake: *Gitlow v. New York* and the Bad-Tendency Doctrine. *Journal of Supreme Court History* 36, 1. (2011), 11–29.

²⁸ Brandenburg v. Ohio, 395 US 444 (1969).

²⁹ Richard A. PARKER: Brandenburg v. Ohio. In: Richard A. PARKER: *Free Speech on Trial: Communication Perspectives on Landmark Supreme Court Decisions*. Tuscaloosa, University of Alabama Press, 2003. 145–159.

³⁰ Tinker v. Des Moines Independent Community School District, 393 US 503 (1969), 511.

Die rechtliche Argumentation des Gerichts konzentrierte sich auf die Frage, ob die Steuerregelung inhaltsbezogen war, ob sie auf die Presse als Institution abzielte und ob es sich um Zensur oder eine Form der Unterdrückung der Rede handelte. Der Gerichtshof berücksichtigte folgende Aspekte: Er stellte fest, dass die Steuer allgemein anwendbar und nicht ausschließlich auf die Presse ausgerichtet war; das Steuergesetz enthielt keinen Hinweis auf den Inhalt der Medien und war daher inhaltsneutral; es gab keine Anhaltspunkte dafür, dass die Steuer eingeführt wurde, um bestimmte Ansichten zu unterdrücken; die Anzahl der etwa hundert betroffenen Kabelsysteme wurde vom Gerichtshof als zu groß angesehen, um eine auf eine bestimmte Gruppe abzielende Strafe darzustellen. Der Oberste Gerichtshof bestätigte, dass allgemein anwendbare, inhaltsneutrale Steuern das Recht auf freie Meinungsäußerung nicht verletzen. In der Entscheidung wurde jedoch betont, wie wichtig es ist, die Steuersysteme auf mögliche Verletzungen des Gleichheitsgrundsatzes zu prüfen und sicherzustellen, dass eine unterschiedliche Behandlung der Medien nicht zu einer ungerechten Diskriminierung oder Unterdrückung der freien Meinungsäußerung führt.³¹

Im Jahr 1934 schuf der Kongress die Federal Communications Commission, die heutige Regulierungsbehörde für die Rundfunkindustrie. Im Rahmen des Gesetzes wurde diese Kommission nicht nur mit einer „Überwachungsfunktion“, sondern auch mit Lizenzierungs- und Regulierungsbefugnissen ausgestattet, die dem „öffentlichen Interesse, der Verbraucherorientierung und der Notwendigkeit“ unterliegen. Im Einklang mit diesem Mandat hat der Ausschuss seither sowohl die inhaltliche als auch die geschäftliche Vielfalt im Rundfunksektor weiter gefördert. Das Land, das einst als Vorbild für eine freie Presse galt, liegt in der jüngsten Rangliste der internationalen Journalistenorganisation *Reporters sans frontières* (Reporter ohne Grenzen) zur Pressefreiheit auf Platz 57 von 180 Ländern.³²

Der Zugang zu Informationen ist oft schwierig, insbesondere auf lokaler Ebene. Im Jahr 2023 wurden der 24-jährige Journalist Dylan Lyons und ein Kollege erschossen, als sie über eine Schießerei berichteten, die im Jahr 2023 stattfand. Es ist zwar unklar, ob der Mörder wusste, dass Lyons und sein Begleiter Mitglieder der Medien waren, da ihr Fahrzeug nicht gekennzeichnet war, aber Nachrichtenberichte haben bestätigt, dass die Gewalt gegen Journalisten zunimmt.³³

Die USA hat sich lange weltweit als Vorreiter der Medienfreiheit präsentiert. Doch 2014 die für einen Bericht befragten 50 Journalisten teilten mit, dass sie durch die staatliche Überwachung daran gehindert werden, über Themen von großem öffentlichem Interesse zu berichten. Viele Journalisten hatten den Eindruck, dass die Regierung sie nicht mehr als wichtige Kritiker ihrer Aktivitäten und als Partner für eine gesunde Demokratie sieht, sondern als potentielle Verdächtige. Ein bekannter Journalist brachte

³¹ *Leathers v. Medlock*, 499 US 439 (1991), 454.

³² <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/weltkarte#map-USA>.

³³ Rachel TREISMAN: Dylan Lyons, a 24-year-old TV journalist, was killed while reporting on a shooting. *KUOW*, 23 February 2023. <https://tinyurl.com/mrh67typ>

auf den Punkt, was viele empfinden: „Ich will nicht von der Regierung dazu gezwungen werden, mich wie ein Spion zu verhalten. Ich bin kein Spion, ich bin Journalist.“³⁴

Während die Vereinigten Staaten versuchen, einen strukturellen Rahmen für den Nachrichtenfluss im Einklang mit demokratischen Grundsätzen zu schaffen, und während die zunehmende Behauptung der Meinungsfreiheit historisch gesehen immer weiter verbreitet ist, gibt es eine wachsende Zahl von Problemen. Aus den Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs, die ich gelesen habe, geht klar hervor, dass die freie Meinungsäußerung in den Vereinigten Staaten durch bestimmte Gesetze und durch die Gerichte, insbesondere den Obersten Gerichtshof, eingeschränkt wird. Gesetzgeber und Richter sind allesamt menschliche Wesen, die von der öffentlichen Wahrnehmung, der politischen Stimmung und dem politischen Klima, in dem sie ihre Entscheidungen treffen, beeinflusst werden.

Kann man 234 Jahre nach der Verkündung der Bill of Rights eine bessere Lösung finden? Bei vielen Entscheidungen geht es darum, Ideen oder Argumente zu verteidigen, die als falsch oder ungültig angesehen werden. Die zunehmende Akzeptanz der Unwahrheit von Tatsachen ist ein Problem, dessen wirtschaftliche, psychologische, soziologische, kulturelle, wissenschaftliche und politische Dimensionen viel wichtiger sind, als seine rechtlichen und verfassungsrechtlichen Aspekte. Das Recht kann nicht das Heilmittel für alle Informationsprobleme unserer Zeit sein. Jedes Heilmittel ist wesentlich schlimmer, als die Krankheit selbst – schrieb Frederik Schauer in einer Studie,³⁵ vielleicht könnte er Recht haben.

Bibliografie

Douglas BRADBURN: *The Citizenship Revolution: Politics and the Creation of the American Union, 1774–1804*. Charlottesville, University of Virginia Press, 2009.

Delbert CLARK: Aliens to Begin Registering Tuesday. *The New York Times*, 25 August 1940. 64.

Jesse DELAUDER: The Seattle Seven: The Smith Act Trials in Seattle (1952–1958). In: *Communism in Washington State – History and Memory Project*. University of Washington, 2008. <https://depts.washington.edu/labhist/cpproject/SmithAct.shtml>.

Joseph GALES (comp.): *The Debates and Proceedings in the Congress of the United States. Vol. 1*. Washington, Gales and Seaton, 1834. 451.

³⁴ „Ich bin kein Spion, Sondern Journalist!“ Human Rights Watch über Medienkontrolle in den USA. *IPG*, (04 September 2014). <https://tinyurl.com/2zpz573z>

³⁵ Frederick SCHAUER: A tények és az Első Alkotmánykiegészítés. [Die Fakten und der erste Verfassungszusatz]. In: Frederick SCHAUER: *A demokrácia és a szólásszabadság határai. Válogatott tanulmányok*. [Die Grenzen der Demokratie und der Meinungsfreiheit. Ausgewählte Essays]. (ausgewählt von András Koltay). Budapest, CompLex, 2014. 301–325., 320.

Robert GRIFFITH: *The Politics of Fear: Joseph R. McCarthy and the Senate*. Amherst, University of Massachusetts Press, 2007. 101.

Colby ITKOWITZ: A Challenger Engineer Blamed Himself for 30 Years. *The Washington Post*, 25 February 2016. <https://tinyurl.com/3a9e5ebc>

Joe P. KIRBY: The Case of the German Socialist Farmers: Joe Kirby Challenges the Espionage Act of 1917. *South Dakota History* 42, 3. (2012), 239–243.

David KLEPPER: Secret History: Even Before the Revolution, America Was a Nation of Conspiracy Theorists. *Associated Press News* 31, 01. (2024). <https://tinyurl.com/yv2mprtt>

Richard E. LABUNSKI: *James Madison and the struggle for the Bill of Rights*. Oxford University Press, 2006. 258–259.

Marc LENDLER: The Time to Kill a Snake: *Gitlow v. New York* and the Bad-Tendency Doctrine. *Journal of Supreme Court History* 36, 1. (2011), 11–29.

Richard A. PARKER: *Brandenburg v. Ohio*. In: Richard A. PARKER: *Free Speech on Trial: Communication Perspectives on Landmark Supreme Court Decisions*. Tuscaloosa, University of Alabama Press, 2003. 145–159

Michael E. RUANE: „You Are Done”: A Secret Letter to Martin Luther King Jr. Sheds Light on FBI’s Malice. *The Washington Post*, 03 December 2017. <https://tinyurl.com/3kwnvb5e>

Carly SAUVAGEAU: Complicated Legacy of Nuclear Testing in Nevada Lives on in Bodies, Politics. *The Nevada Independent*, 17 September 2023. <https://tinyurl.com/evpscfej>

Frederick SCHAUER: A tények és az Első Alkotmánykiegészítés. [Die Fakten und der erste Verfassungszusatz]. In: Frederick SCHAUER: *A demokrácia és a szólásszabadság határai. Válogatott tanulmányok*. [Die Grenzen der Demokratie und der Meinungsfreiheit. Ausgewählte Essays]. (ausgewählt von András Koltay). Budapest, CompLex, 2014. 301–325., 320.

James M. SMITH: The Enforcement of the Alien Friends Act of 1798. *The Mississippi Valley Historical Review* 41, 1. (1954), 85–104.

Rachel TREISMAN: Dylan Lyons, a 24-year-old TV journalist, was killed while reporting on a shooting. *KUOW*, 23 February 2023. <https://tinyurl.com/mrh67typ>

Anne WELLSBRANSCOMB: *Who Owns Information? From Privacy to Public Access*. New York, BasicBooks, 1994.

Gordon S. WOOD: *Empire of Liberty: A History of the Early Republic, 1789–1815*. New York, Oxford University Press, 2011.

Rechtssprechung

Brandenburg v. Ohio, 395 US 444 (1969).

Debs v. United States, 249 US 211 (1919).

Dennis (8. lj.) 509.

Dennis 510. / die Quelle des Zitats von Hand: 183 F.2d 201 (2d Cir. 1950), 212/.

Dennis v. United States, 341 US 494 (1951).

Gitlow (20.lj.) 673.

Gitlow v. New York, 268 US 652 (1925).

Leathers v. Medlock, 499 US 439 (1991), 454.

Schenck v. United States, 249 US 47, 51 (1919).

Tinker v. Des Moines Independent Community School District, 393 US 503 (1969), 511.

Yates v. United States, 354 US 298, 327 (1957).

Medienberichte

„Ich bin kein Spion, Sondern Journalist!“ Human Rights Watch über Medienkontrolle in den USA. *IPG*, 04 September 2014. <https://tinyurl.com/2zpz573z>

Bericht über den Alien Registration Act bei www.spartacus-educational.com

Gitlow Loses Fight in Highest Court to Annul Anarchy Law. *The New York Times*, 09 June 1925. <https://tinyurl.com/46njvxs5>